

Der 8. Mai – das historische Ereignis und die politische Wirkungsgeschichte

Der 8. Mai, der Jahrestag des Kriegsendes vor sechzig Jahren, sorgt schon im Vorfeld für Unruhe und Nervosität. Medien und Politik rüsten sich für ein Großereignis, aber es ist doch eigenartig, dass schon Monate vorher ein eher beiläufiger Aspekt für hysterische Aufregung sorgte. Die Vorstellung, dass die NPD an diesem Tage am Brandenburger Tor demonstrieren könnte, erschütterte die politische Klasse. Eilig wurde ein Gesetz gezimert, das Beschränkungen des Versammlungsrechtes bezwecken soll, dennoch aber die Neonazis nicht vom Brandenburger Tor verbannt. Warum so viel Hektik wegen einer Demonstration sprachloser, glatzköpfiger Bierbäuche?

Am 8. Mai ging in Deutschland der Zweite Weltkrieg zu Ende. Am 7. Mai unterzeichnete im Hauptquartier General Eisenhowers in Reims Generaloberst Jodl im Namen des Oberkommandos der Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation, die am folgenden Tag in Kraft trat. Um den sowjetischen Anteil am Sieg aber gebührend zu berücksichtigen, wurde die Zeremonie der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde noch einmal in Karlsruh, also in der von den Sowjets eroberten Reichshauptstadt, vor Marschall Shukow als dem sowjetischen Oberkommandierenden und vor drei westalliierten Vertretern durch Generalfeldmarschall Keitel wiederholt. Sowjetische Kameras

hielten den historischen Augenblick in allen Einzelheiten fest. Der Ablauf der Veranstaltung zog sich hin, so dass erst kurz nach Mitternacht die deutsche Unterschrift geleistet wurde. Daher feiern die Sowjets und ebenso Präsident Putin erst am 9. Mai das Ende des Krieges. So endete der blutigste und zugleich auch im Wortsinne totale Krieg der Weltgeschichte. Die Alliierten hatten diesen Krieg nicht nur gegen Hitler und das NS-Regime geführt, sondern zugleich auch immer gegen das Deutsche Reich, dessen Gefährlichkeit ihnen die Tatsache bewies, dass die Deutschen in diesem Jahrhundert trotz materieller Unterlegenheit ihre Gegner in zwei Weltkriegen an den Rand der Niederlage gebracht hatten.

Die Deutschen bewegten bei Kriegsende vor allem zwei Empfindungen. Da war einmal das ungeheure Gefühl der Erleichterung, dass dieser furchtbare Krieg zu Ende war, dann aber zugleich die Einsicht, dass Deutschland nach dieser katastrophalen Niederlage als Großmacht ausgespielt hatte. Krieg zu führen war fortan nicht mehr möglich. Deshalb regte sich auch kein Widerstand in der Bevölkerung. Die Besetzung Deutschlands durch alliierte Truppen war für politische Häftlinge etwa fraglos der Augenblick der Befreiung. Was die Deutschen fatalistisch als Zusammenbruch zu bezeichnen sich angewöhnt haben, war für sie keine Befreiung. Bedingungslose Kapitulation hieß für die meisten der fast dreizehn Millionen deutschen Soldaten Gefangenschaft, in der sie oft ein hartes Schicksal,

wenn nicht der Tod erwartete. Die amerikanische Anweisung für die Besetzung Deutschlands war eindeutig: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.“ Die drakonischen Strafantrohungen für jeden Verstoß gegen alliierte Anordnungen unterstrichen nur diese Einstellung. Gerade die Amerikaner konnten sich in dieser Haltung bestätigt fühlen, als sie zur Kenntnis nehmen mussten, dass die Bevölkerung, wenn man sie mit Naziverbrechen konfrontierte, keinerlei Betroffenheit zeigte, sondern eher verstocktes Wegsehen.

Alliierte Besatzungsherrschaft

Die Kapitulation war ein rein militärischer Akt. Es war der Beginn der unbeschränkten alliierten Besatzungsherrschaft. Die rechtliche Grundlage dafür lieferte am 5. Juni 1945 die „Berliner Erklärung“, die Übernahme der „obersten Regierungsgewalt“. Mit ihr übernahmen die alliierten Regierungen faktisch alle staatlichen Befugnisse. Fortan gab es keine deutsche Staatlichkeit aus eigenem Recht mehr. Das nahmen die Deutschen aber im Allgemeinen kaum zur Kenntnis; etwas anders sahen es die Angehörigen der politischen Elite, die von den Alliierten in politische Ämter eingesetzt waren und nun deren Kontrolle spürten.

Den elementaren Kampf ums Überleben überschattete das Geschehen in den von den Sowjets besetzten Gebieten. Die Ereignisse dort beeinflussten auch viele Vorstellungen, die auf eine politische Neuordnung gerichtet waren. Die Welle von Vergewaltigung, Plünderung und Mord traf die Bevölkerung wie ein Schock. Das Trauma dieses Ausgeliefertseins an die Sieger sollte sich als dauerhaft erweisen. Das auszusprechen hat nichts mit Schuldaufrichtungen zu tun. Wolfgang Leonhardt hat anschaulich die Ohnmacht der sowjetischen Kommandanten gegenüber ihren zur Soldateska abgesun-

kenen Truppen geschildert. Vor allem wegen der politischen Konsequenzen ist diese Explosion ungezügelter Gewalt erwähnenswert, war sie doch für die Sowjets und ihre Deutschlandpolitik ausgesprochen kontraproduktiv. Nach dem, was vorgefallen war, sahen die Deutschen in den Sowjets keine möglichen politischen Partner mehr. Doch die Sieger verdrängten die Realität, dachten nicht an versöhnliche Gesten und hielten starr daran fest, das Kriegsende und die Besetzung durch die Rote Armee als „Tag der Befreiung“ zu feiern, der dann – zuerst in der SBZ, später in der DDR – zum Feiertag erhoben wurde.

Der tiefe Graben zwischen dem sowjetischen Machtbereich und den Westzonen war so schon früh eine Tatsache geworden, die während des Kalten Krieges in Westdeutschland den Charakter unmittelbarer Gefährdung annahm. Die Angst vor dem sowjetischen Ausgreifen nach Westen vertiefte nicht nur die Spaltung, sondern ermöglichte den Westalliierten die Schaffung eines westdeutschen Staates und damit Konrad Adenauer, in zähem Ringen mit den Westmächten die Bundesrepublik 1955 – fast auf den Tag genau zehn Jahre nach der Kapitulation – wieder zu einem souveränen Staat zu machen. Die einzigartige politische Leistung, das geächtete Nazideutschland innerhalb so kurzer Zeit zu einem relativ gleichberechtigten Bündnispartner der westlichen Demokratien zu machen, wird mittlerweile fast als selbstverständlich betrachtet und dementsprechend gering geschätzt. Tatsächlich war es ein von Schwierigkeiten und Rückschlägen gezeichneter Kampf, der viele Hürden zu überwinden hatte.

Aber es war genau dieser Bundeskanzler, der in seinen „Erinnerungen“ rückblickend die im Mai 1955 wieder erlangte Souveränität in bemerkenswerter Weise mit dem Ausgangspunkt im Jahre 1945 verglich: „Zehn Jahre vorher zerbrach

Deutschland und hörte auf, ein sich selbst regierender Staat zu sein. Es war die dunkelste Stunde unseres Vaterlandes.“ Adenauer des Nationalismus zu verdächtigen oder gar ihm zu unterstellen, er habe die traditionelle Großmachtrolle wieder angestrebt, ist schlicht abwegig. Um solche Dinge ging es dem Patrioten Adenauer nicht, aber seinem Patriotismus entsprach die Überzeugung, dass die Deutschen sich selbst regieren und so rasch wie möglich wieder Herren im eigenen Haus werden müssten, um nicht länger von den Besatzungsmächten gegängelt zu werden. Das war eine Sichtweise aus der Tradition der deutschen, auf gesicherter Verwaltung basierenden Staatlichkeit heraus, die nicht umsonst auch im Ausland hohes Ansehen genossen hatte.

Umdeutung der Geschichte

In den sechziger Jahren begann die Umdeutung der deutschen Geschichte. Mit dem bewussten Willen zur volkspädagogischen Verzeichnung wurde der Erste Weltkrieg als „Griff nach der Weltmacht“ präsentiert. Nun entdeckte man, dass das Reich zu groß für Europa gewesen sei. Seine angeblich „halbhegemoniale“ Stellung habe eine latente Gefährdung dargestellt. Der bekannte Historiker Lothar Gall stellte 1980 fest, dass Bismarcks Schöpfung, der deutsche Nationalstaat, sich „als eines der kurzlebigsten politischen Gebilde der Geschichte erwiesen hat“. Der Abschied vom Deutschen Reich als einer Fehlkonstruktion verband sich mit der immer stärkeren Tendenz, die Zweistaatlichkeit anzuerkennen und die deutsche Teilung als gerechte Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen hinzunehmen.

Vor diesem Hintergrund ist die Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985 zu sehen. Den Tag des Kriegsendes vor vierzig Jahren zum Anlass für eine große Rede zu machen, nachdem er in den Jahrzehnten zuvor tatsächlich nicht beachtet

worden war, geschah nicht zufällig. Im Jahr zuvor hatten die Westalliierten zum ersten Mal die Landung in der Normandie mit großem Aufwand und einem immensen Mediencover gefeiert. US-Präsident Reagan nahm den Jahrestag als willkommenen Anlass für den bevorstehenden Wahlkampf zu seiner Wiederwahl, um dem Stolz der Veteranen über die erfolgreiche Landung und den anschließenden Sieg über Nazideutschland gebührend Tribut zu zollen. In der internationalen Presse kursierten damals Berichte über die mögliche Teilnahme des Bundeskanzlers an den Feiern in der Normandie. Aber die ablehnende Haltung der Sieger, vor allem der Briten, bereitete den Spekulationen ein schnelles Ende.

Worin bestand die Kernthese der Rede Weizsäckers? Der Schlüsselsatz lautet: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Diese Aussage entsprach dem Zeitgeist. Das Wort von der Befreiung durch den 8. Mai machte Weizsäcker zur Ikone der Linken. Seither ist es ein Schlüsselwort für den 8. Mai geworden. Abweichungen von dieser Position werden von der eingespielten Betroffenheitslobby mit wachsender Empörung zurückgewiesen, wittert man doch schnell darin faschistische Tendenzen.

Wie ist der Satz Weizsäckers zu verstehen? Er ist ein Akt subtiler Geschichtspolitik. Diese Deutung der Geschichte war politisch gewollt und verschaffte vornehmlich der meinungsprägenden intellektuellen Linken eine neue historische Identität, indem sie ein neues Geschichtsbild schuf – das Wunschbild eines antifaschistischen Deutschlands, das deshalb befreit werden konnte. Wer hätte etwas dagegen sagen können, wenn Weizsäcker eine bis dahin verdrängte oder gar unterdrückte historische Wahrheit nun zum ersten Mal ausgesprochen hätte? Denn

könnten wir nicht alle stolz sein, wenn die Deutschen den 8. Mai als Befreiung erlebt hätten? Aber einen so verbreiteten Antifaschismus hat es nicht gegeben. Im Schock des Kriegsendes und der völlig ungewissen Zukunft war für solche Gefühle kein Platz. Seit Weizsäckers Rede wird aber dieser virtuelle Antifaschismus kultiviert, der durch ständige Wiederholungen jedoch nicht glaubhafter wird. Lord Dahrendorf, der schon als Schüler politische Verfolgung selbst erlebt hatte, sagte ganz einfach, auf die „Zeitluke“ des 8. Mai angesprochen: „Da hat man sich gar nicht viel vorgestellt, sondern dachte ans Überleben und hat auch alles dafür getan.“

Verschärfte geschichtspolitische Positionen

Nun könnte man meinen, dass die Befreiungsrhetorik und Rechtfertigung der deutschen Teilung als Strafe für die deutschen Verbrechen nach 1990 nachgelassen oder gar im öffentlichen Bewusstsein als Widerlegung durch die politische Wirklichkeit, nämlich die wiedergefundene Einheit, Not leidend geworden wären. Mitnichten. Angefangen mit dem zornigen Aufbegehren Jugendlicher, die 1990 in deutschem Selbsthass „Nie wieder Deutschland“ oder „Deutschland verrecke!“ an die Wände malten, haben sich mit der Wiedervereinigung die geschichtspolitischen Positionen der achtziger Jahre nicht abgemildert, sondern erheblich verstärkt. Nun war das Unvorstellbare eingetreten. Sebastian Haffner hatte noch 1987 eine Wiedervereinigung sich „nur im Massengrab“ vorstellen können. Aber eine Reflexion darüber, wie das zu Ende gehende zwanzigste Jahrhundert als Jahrhundert deutscher Geschichte insgesamt zu beurteilen sei, wie sich Positives und Negatives zueinander verhielten, wurde nicht angestellt. Das eindimensionale Geschichtsbild von der vermeintlichen Einbahnstraße nach Auschwitz erhielt noch schärfere Kontu-

ren. Plötzlich entdeckte man „Hitlers langen Schatten“, obwohl man bei diesem in den Jahrzehnten nach dem Krieg einen solchen nie entdeckt hatte, denn sein Tod ergab nicht mal den Ansatz für einen Hitler-Kult. Nun war plötzlich von der „Gegenwart der Vergangenheit“ die Rede, als ob eine potente Neonazi-Bewegung die Vergangenheit beschwor und Menschen ängstigte.

Seit den neunziger Jahren hat sich der Begriff „Bewältigung der Vergangenheit“ aus der öffentlichen Diskussion verabschiedet. Die seit den fünfziger Jahren geführte, oft quälende Debatte über den Gang der deutschen Geschichte, um das Schlüsseljahr 1933, um das Verhältnis der Deutschen zum Nationalsozialismus, um ihre Schuld und um das ihnen zugefügte Leid, hat ein Ende gefunden. Nun hat man einen neuen Fixpunkt, von dem alle Schuld abzuleiten ist: den Holocaust.

Junge Leute produzieren Bücher, in denen sie ihren Großvater als Nazi-Mörder präsentieren und so den seit 1968 zum Ausdruck gekommenen Vater-Sohn-Konflikt um eine Generation weiterverfolgen. Die schon fast zwanghafte Identifizierung der Deutschen mit den von ihrer Führerdiktatur begangenen Verbrechen, die Beflissenheit, deutsche Schuld als Kollektivschuld freiwillig zu übernehmen, bestimmt das Meinungsbild.

Ganz anders stellt sich die Beurteilung des 9. Mai aus osteuropäischer Sicht dar. Die Aussicht auf Putins gigantische Siegesfeier am 9. Mai in Moskau hat ganz andere Reaktionen hervorgerufen, die zugleich die historische Dimension des Kriegsendes von 1945 wieder ins Bild bringen. Die geplante Feier nahmen die Regierungen der baltischen Staaten zum Anlass, ihre Teilnahme entweder abzusa-gen oder von Bedingungen abhängig zu machen und den Tag in dem Bewusstsein zu begehen, dass er „den Verlust unserer Freiheit und den Beginn unbeschreiblichen Leides unserer Völker gebracht

hat“. So hat es die lettische Präsidentin Vike-Freiberga kürzlich erklärt.

Der Bundeskanzler nimmt an den Moskauer Feierlichkeiten angesichts der guten deutsch-russischen Beziehungen selbstverständlich teil. Ob er wohl daran denkt, dass vor sechzig Jahren zigtausende deutscher Kriegsgefangener im Triumphzug durch Moskau getrieben wurden, von denen viele die Heimat nicht wiedersahen?

Aus der Moskauer Perspektive taucht auch der Gesamtzusammenhang der Ost-West-Beziehungen auf. So gesehen, stellte der 8. Mai 1945 nur eine Zäsur dar, eine kleine Atempause, bevor die heterogene Kriegsallianz zerbrach und unvermeidlich in den Kalten Krieg mündete, der an Stelle des dritten Weltkrieges ausgetragen wurde und mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sein Ende gefunden hat. Winston Churchill hatte schon am 12. Mai 1945 dieser Befürchtung Ausdruck verliehen und die bevorstehende Konfrontation mit der Sowjetunion sehr realistisch vorausgesagt.

Vor einem Jahr haben die aufwändigen Feierlichkeiten und der entsprechende Medienrummel zur sechzigsten Wiederkehr der Landung in der Normandie für den 8. Mai die Maßstäbe gesetzt. Die Befreiung Europas war der Leitgedanke, der auch die Anwesenheit des Bundeskanzlers zuließ. Damit ist die Tonlage für den 8. Mai 2005 vorgegeben. Abweichungen werden nicht hingenommen.

Dass es heute nur noch die Befreiung zu feiern gilt, wird geradezu gebetsmühlenartig wiederholt und kann höchstens durch den Zusatz ergänzt werden, dass auch das von Deutschen erlittene Unrecht nur die Folge der von den Deutschen ausgelösten Verbrechen gewesen ist.

Hier wird ein Riss sichtbar, den es sehr ernst zu nehmen gilt. Es stellt sich die

Frage, ob der ebenso geräuschvolle wie ungeschickte Umgang mit der NPD mit Blick auf den 8. Mai nicht auch von der Furcht bestimmt wird, dass die Jugend sich von den demokratischen Parteien abwendet. Ob aber die leere Betriebsamkeit daran etwas ändert, bleibt offen. Was für den 8. Mai am Brandenburger Tor geplant wird, kann nur als Armutszeugnis bezeichnet werden. Ein „breites, vom Senat koordiniertes Bündnis von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Politikern“ wird aus Anlass des „Kriegsendes und der Befreiung“ ein „Fest der Demokratie“ feiern. So soll der Platz friedlich besetzt und von Rechtsradikalen freigehalten werden.

Ein Fest zur Erinnerung an das Kriegsende! Richard von Weizsäcker hatte vor zwanzig Jahren festgestellt: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern.“ Die Zeiten haben sich gewandelt.

Diejenigen, die den Tag selbst erlebt haben, werden sich ihre Gedanken machen und mit dieser Art des Gedenkens nichts zu tun haben wollen. Dass aber die politisch korrekte Betriebsamkeit nicht letztlich das Gegenteil bewirkt und der Gegenseite hilft, darf befürchtet werden. Im Mai 1945 waren die Deutschen zur Befreiung weder fähig noch willens. Befreit haben wir uns durch einen langen Lernprozess, durch eine zähe Aufbauleistung und die Verwurzelung einer stabilen Demokratie, die schon vielen Missdeutungen ausgesetzt gewesen ist, aber dennoch keinen ernsthaften Schaden genommen hat. Das sollten wir stets im Auge behalten.

Unter der Rubrik „kontrovers“ eröffnet die Politische Meinung ein Forum für geschichtspolitische Debatten. Es wird mit der Diskussion um die Bewertung der Vertreibung Deutscher aus den Ostgebieten in einer der nächsten Ausgaben fortgesetzt.